Berlin, den 7. Juni 2009

Ehepaar S.
Berlin

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

wir möchten Ihr Schreiben vom 18. Mai, in dem Sie zur Wahl der CDU bei der Europawahl aufrufen, zum Anlaß nehmen, einmal grundsätzlich zu der von Ihnen zu verantwortenden Politik Stellung zu nehmen:

Sie können uns zu dem Teil der einstigen Stammwählerschaft der CDU zählen, der Ihnen mittlerweile den Rücken gekehrt hat. Der entscheidende Grund für unsere Abwendung von der Union ist deren Versagen in der Kern- und Schicksalsfrage für den Fortbestand unserer Nation: der rasant fortschreitenden Überfremdung Deutschlands und Europas durch uns ethnisch-kulturell fernstehende Zuwanderer – eine Entwicklung, die bereits in der Regierungszeit Helmut Kohls allmählich sichtbar wurde und zum Ende seiner Amtszeit schon recht weit fortgeschritten war. Mit der von Rot-Grün beschlossenen Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, gegen die von seiten der Union nur äußerst halbherzig die Stimme erhoben wurde, ging es weiter. Von wirklichem Widerstand Ihrer Partei konnte nicht die Rede sein. Nur in Wahlkampfzeiten gab es zur Wählertäuschung hin und wieder ein paar markige Parolen oder auch mal eine Kampagne, die recht schnell wieder in der Versenkung verschwand. Während Ihrer Kanzlerschaft setzte sich die Aushöhlung und Unterwanderung des deutschen Staatsvolkes durch mehr oder weniger wahllose Vergabe des deutschen Passes praktisch unvermindert fort. Ein Unterschied zu Rot-Grün ist nicht erkennbar.

Machen wir uns nichts vor: Die meisten unserer drängendsten gesellschaftlichen Probleme hängen direkt mit der Ausländerproblematik zusammen oder werden durch diese zumindest massiv verschärft. Es gäbe keine Bildungskatastrophe dieses Ausmaßes in Deutschland ohne die Zuwanderung überwiegend extrem bildungsferner Menschen aus Vorderasien, Nordafrika, vom Balkan oder aus Schwarzafrika. Ein Großteil dieser Zuwanderer entstammt den dortigen Unterschichten. Zu uns kommen also vor allem diejenigen, die selbst in ihren Heimatländern zum Bodensatz der Gesellschaft gehören. Daß diese Menschen in einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft wie der deutschen erst recht mehr oder weniger chancenlos und somit nur zu geringen Teilen produktiv tätig sind, sollte niemanden verwundern. Was dies angesichts der Masse der von Sozialtransfers Abhängigen aus diesem Bevölkerungskreis, die zum Teil nie irgend etwas eingezahlt haben, für unser Gesundheitssystem und den Sozialstaat im allgemeinen bedeutet, kann sich jeder denken.

Die eigentliche Katastrophe ist jedoch nicht die Überstrapazierung unseres Sozialsystems mit den damit verbundenen finanziellen Lasten, die die arbeitende deutsche Bevölkerung zusätzlich zu tragen hat, sondern der eher schleichende Prozeß der Landnahme fremder Völker auf deutschem Boden. Gewalttaten gegen Deutsche und eine allgemeine Atmosphäre der Einschüchterung im öffentlichen Raum durch aggressive Fremde sind vielerorts

mittlerweile an der Tagesordnung. Von der zunehmenden Gewalt sind in erster Linie junge Deutsche betroffen, denen der ganze Haß vor allem orientalischer Zuwanderer meist islamischen Glaubens auf die deutsche Gesellschaft entgegenschlägt. In vielen (west)deutschen Ballungsgebieten findet eine regelrechte Verdrängung der deutschen Bevölkerung statt, die zum Teil Züge einer Fluchtbewegung annimmt. Gerade junge Familien, die ihren Kindern ein Aufwachsen als Minderheit im eigenen Land ersparen wollen (vor allem was den Schulbesuch betrifft), stimmen mit den Füßen ab und verlassen die multikulturell „bereicherten" Stadtviertel. Auch Sie und Ihre Partei lassen es zu, daß Deutschen auf diese Weise ihre Heimat genommen wird!

Es sind vor diesem Hintergrund eine ganze Reihe von falschen Weichenstellungen, die Ihre Partei für uns mittlerweile vollends unwählbar gemacht haben: Mit an erster Stelle ist dabei das offene Paktieren von Innenminister Wolfgang Schäuble mit dem Islam zu nennen (Stichwort: „Islamkonferenz"). Insbesondere die bewußte Verharmlosung der Expansionsabsichten der Angehörigen dieser aggressiven Religion stößt dabei sehr unangenehm auf. Hier kann man fast nur noch von bewußter Irreführung der Öffentlichkeit sprechen. Dabei ist längst offenkundig, daß vor allem Menschen aus diesem Kulturkreis sich nie und nimmer in die deutsche Gesellschaft einfügen werden, sondern mittel- bis langfristig die Durchsetzung ihres eigenen Modells (inklusive Einführung der Scharia) in Deutschland und Europa anstreben und auf Toleranzbekundungen von dieser Seite nicht viel zu geben ist. Man beginnt am Verstand von Herrn Schäuble zu zweifeln, wenn er immer wieder die vermeintliche Friedfertigkeit des Islam betont, gleichzeitig jedoch die Aufnahme von ihren muslimischen Landsleuten verfolgter Christen aus dem Irak für zwingend erforderlich hält. Dabei ist das eine wie das andere falsch: Genauso wie es ein Irrglaube ist, den Islam für tolerant zu halten, so ist es ein Fehler, die uns kaum weniger fremden irakischen Christen in Deutschland aufzunehmen – eine Politik, die übrigens gerade auch von christlichen Würdenträgern aus der Region zu Recht abgelehnt wird, weil durch sie ihre Vertreibung und damit die komplette Zerstörung des orientalischen Christentums noch forciert wird. Will man ihnen wirklich helfen, so muß man sie dabei unterstützen, sich in ihrer Heimat zu behaupten.

Indem Sie und Ihre Partei die vor allem orientalische Landnahme in Deutschland gewähren lassen, leisten Sie gewollt oder ungewollt der Zerstörung der Grundlagen des deutschen Staates Vorschub, durch die bereits mittelfristig eine massive Destabilisierung und längerfristig der soziale und wirtschaftliche Zusammenbruch unseres Landes drohen. Die Rede von der „Integration" ist spätestens seit Ihrer Amtszeit zu einer bloßen Phrase verkommen, die diese fatalen Entwicklungen verschleiern soll. Als besonders verfehlt und unwürdig haben wir die jüngst von Ihnen gemeinsam mit Maria Böhmer, Ihrer „Integrationsbeauftragten", durchgeführte Einbürgerungsfeier empfunden, bei der Sie bei Zuwanderern um die vermehrte Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft warben, ja fast schon darum bettelten. Glauben Sie im Ernst, daß sich die bestehenden Probleme durch die massenhafte Vergabe des deutschen Passes lösen lassen und der gesellschaftliche Frieden dauerhaft durch immer umfangreichere Zugeständnisse an die Fremden zu erkaufen ist?

Das Gegenteil wird der Fall sein, wie die bereits jetzt immer dreister werdenden Forderungen der Zuwandererlobby belegen. Es ist bezeichnend, daß sich hierbei besonders die türkische Seite hervortut, deren Vertreter Kenan Kolat von der TGD erst kürzlich sehr bestimmt den Abschied vom offiziell ausgegebenen Ziel der „Integration" verlangte. Stattdessen solle künftig von „Partizipation" die Rede sein. Langsam wird immer deutlicher, wohin die Reise gehen soll. Auffällig ist, daß gerade auch die erfolgreichen und vermeintlich gut integrierten „Deutschtürken", die natürlich längst im Besitz eines deutschen Passes sind, ganz gezielt in den etablierten deutschen Parteien, in Migrantenorganisationen u.ä. (z.B. als auf Ausländer-

und Asylfragen spezialisierte Rechtsanwälte) aktiv werden und als knallharte Verfechter der Interessen ihrer Herkunftsgruppe in Erscheinung treten. Daß diese Personen sich wirklich als Deutsche verstehen, wie immer wieder behauptet, möchte man in der Mehrzahl der Fälle doch sehr bezweifeln. Sie handeln ganz im Sinne der vom türkischen Staat bereits seit Jahrzehnten verfolgten Strategie, den türkischen Bevölkerungsüberschuß aus den Dörfern Anatoliens und den Slums der Großstädte nach Europa (und dabei primär nach Deutschland!) zu transferieren, was den sozialen Druck im eigenen Land reduzieren hilft und zugleich die Möglichkeit bietet, zunehmend Einfluß im europäischen Herzland zu gewinnen. Es ist kein Geheimnis, daß die Türkei Deutschland quasi als Siedlungskolonie ansieht. Die Landnahme ist Programm.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Aufruf des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan während seines Deutschlandbesuchs vor 20.000 mit Bussen herangekarrten Zuhörern in der Kölnarena im Jahre 2008 zu sehen, die Türken sollten sich in Deutschland nicht als Fremde betrachten, sondern als „wesentliches Element dieses Landes“. Sie sollten sich zwar „integrieren“ und nach gesellschaftlichen Spitzenpositionen streben, sich jedoch keinesfalls assimilieren. Die Vorstellung, auf anderem Wege – mittels der demographischen Waffe, dem „Krieg der Wiegen“ – die imperiale Tradition des Osmanischen Reiches wiederaufnehmen zu können, scheint unter Türken weit verbreitet zu sein. Dafür spricht, daß selbst ein Vorzeige-„Deutschtürke“ wie der Reiseunternehmer (und heutige EU-Parlamentarier mit SPD-Parteibuch) Vural Öger sich 2004 in privater Runde bei einem Treffen mit anderen türkischen Unternehmern zu folgender Aussage hinreißen ließ: „Das, was Sultan Süleyman 1529 mit der Belagerung Wiens begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen, verwirklichen.“ Der Satz wurde durch einen anwesenden Journalisten der türkischen Zeitung „Hürriyet“ publik und schließlich auch in Deutschland bekannt. Öger versuchte später sich damit herauszureden, es habe sich nur um eine scherzhafte Bemerkung gehandelt. Selbst wenn man ihm dies abnimmt, verrät die Äußerung jedoch immer noch genug über seine, von der Mehrzahl seiner Landsleute wohl kaum verschiedene, Vorstellungswelt.

Selbst ein Cem Özdemir, heute Vorsitzender der eigentlich „postnational“ und „internationalistisch“ ausgerichteten Grünen, äußerte bereits ähnliche Gedanken, die sich recht eindeutig als Ausdruck türkisch-nationalistischen Geistes lesen lassen: „Was unsere Urväter vor den Toren Wiens (1683 mit Feuer und Schwert) nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen.“ Der „Focus“ und „Hürriyet“ berichteten 1998 darüber. Daß unter Türken andererseits zum Teil auch erhebliche Ängste bestehen, mit ihrem Vorhaben doch noch zu scheitern, zeigten erst kürzlich die erschreckenden Auslassungen des mittlerweile beurlaubten türkischen Generalkonsuls in Düsseldorf, Hakan Kivanc, der dem deutschen Volk Völkermordabsichten gegenüber den in Deutschland lebenden Türken unterstellt hatte. Konkret soll er in kleiner Runde gesagt haben, die Deutschen würden, „wenn sie könnten, allen aus der Türkei ein ‚T‘ tätowieren und ihnen das gleiche antun, was sie während der Nazi-Diktatur den Juden angetan haben“. Dies verband er mit der rassistischen Aussage, wenn man den Deutschen die Pulsadern aufschneide, fließe „braunes Blut“, ließ also eigenen haßerfüllten Gewaltphantasien freien Lauf, die Befürchtungen eines drohenden Völkermordes aus ganz anderer Richtung wecken könnten. Zumindest wird man sich folgende Frage stellen müssen: Wenn ein Repräsentant des türkischen Staates derartige Gedanken hegt, was denkt dann erst das gewöhnliche Volk?

Es ist uns unbegreiflich, daß Sie und Ihre Umgebung diese Entwicklungen einfach ausblenden und die unserem Volk drohenden Gefahren nicht sehen wollen. Sie haben beim Ablegen Ihres Amtseides geschworen, Ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen und Schaden

von ihm zu wenden. Handeln Sie und Ihre Kabinettskollegen also auch danach! Es ist Ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß Deutschland das Land der Deutschen bleibt und wir nicht zu Fremden im eigenen Land werden. Wir wollen zwar nicht endgültig den Stab über Sie brechen, aber man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß schon seit geraumer Zeit die Dinge einfach laufen gelassen werden und eine verantwortungslose Politik gegen das eigene Volk betrieben wird: eine Politik der Selbstaufgabe und der Auslieferung an vermeintlich unausweichliche Trends in einer Situation, in der es um die Existenz Deutschlands und Europas geht und zur Selbstbehauptung seiner Völker Führung und konsequente Entscheidungen gefragt wären. Wenn es so weitergeht, werden Sie und Ihre europäischen Kollegen (in anderen Staaten Europas ist die Situation ja ähnlich und kaum weniger dramatisch!) als Totengräber der europäischen Völker in die Geschichte eingehen. Die Folgen dieses Versagens wären im Ergebnis weit schlimmer als die Auswirkungen aller Katastrophen und Kriege der bisherigen europäischen Geschichte. Sie würden das programmierte Ende Europas binnen weniger Jahrzehnte bedeuten. Noch jedoch ist Zeit zur Umkehr und ein Umsteuern grundsätzlich möglich!

Nach aller Kritik deshalb in der hier gebotenen Kürze einige Vorschläge, wo und wie konkret angesetzt werden müßte, um das drohende Verlöschen der europäischen Kultur noch abzuwenden: Das primäre Ziel muß demnach sein, Europa als Heimat der europäischen Völker zu erhalten. Der erste und wichtigste Schritt hierzu ist die Durchsetzung eines weitgehenden Zuwanderungsstopps für Nichteuropäer, wobei unter anderem auch das Einfallstor der Zuwanderung auf dem Wege des Familiennachzugs geschlossen werden müßte (Familienzusammenführung nur noch im jeweiligen Herkunftsland!). Grundsätzlich sollte in all diesen Fragen ein gesamteuropäisches Vorgehen angestrebt werden. Wenn dies nicht möglich ist, muß auf nationaler Ebene gehandelt werden. Dies würde auch in anderen Staaten den Druck der Völker auf ihre Regierungen erhöhen, hier nachzuziehen. Nur wenn die Europäer die Gewißheit haben, in ihren jeweiligen Ländern dauerhaft und unangefochten in der Mehrheit zu bleiben, wird ein friedliches Zusammenleben in Europa möglich sein und auch die soziale Eingliederung des integrationsbereiten Teils der hier bereits lebenden Zuwanderer von außerhalb Europas gelingen können.

Der nächste Schritt muß ein großangelegtes Rückführungsprogramm für nicht integrationsfähige bzw. -willige Zuwanderer sein. Diejenigen zugewanderten Bevölkerungsteile, die uns schaden (Kriminalität, Ausnutzen der Sozialsysteme, Bildungsverweigerung) und nicht zur Anpassung bereit sind, sollten konsequent zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer bewegt werden. Dies muß gegebenenfalls auch gegen Widerstände durchgesetzt werden. Wichtig ist dabei selbstverständlich, bei der Wiedereingliederung in der alten Heimat zu helfen. Eine angemessene Unterstützung könnte etwa so aussehen, daß bislang bezogene Sozialleistungen noch für ein halbes Jahr weitergezahlt werden (hier ist natürlich eine Stichtagsregelung erforderlich, um Mißbrauch auszuschließen!) und vor Ort im Aufnahmeland unter anderem auch Sprachkurse für in Deutschland aufgewachsene Zuwandererkinder finanziert werden, die oft weder Deutsch noch ihre eigentliche Muttersprache richtig beherrschen. Letzteres betrifft vor allem türkisch- und arabischstämmige Zuwanderer. So könnte man zu einer humanen Lösung des Problems kommen, durch die sich schwere Konflikte in der Zukunft vermeiden ließen. Es wäre für alle Seiten das beste. Wer einen solchen Ansatz von vornherein für unmöglich erklärt, läßt lediglich erkennen, daß es an der nötigen Einsicht und dem entsprechenden politischen Willen mangelt. Das Notwendige muß jedoch getan werden!

Dringend erforderlich ist gerade auch eine Wende in der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union, die in ihrer heutigen Form zur treibenden Kraft der Selbstaufgabe

Europas zu werden droht. An sich wäre es Aufgabe der EU, eine wichtige Koordinierungsrolle bei der gemeinsamen Verteidigung Europas zu spielen. Faktisch liefert sie uns jedoch mit ihrer Politik der vermeintlichen „Steuerung“ von Zuwanderung, die auf eine humanitär-technokratische Umverteilung der nach Europa einströmenden Menschen hinausläuft, der fremden Invasion direkt aus. Dabei gibt es nüchtern betrachtet keinen Grund für moralische Skrupel, die diese Praxis auch nur ansatzweise rechtfertigen könnten: Entgegen dem von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen vermittelten und in den Medien verbreiteten Bild machen sich nämlich keineswegs quasi vor dem Verhungern stehende Personen auf den Weg nach Europa, sondern überwiegend junge Männer, die zur Zahlung zum Teil immenser Schleppergebühren in der Lage sind und sich wohl am ehesten als Glücksritter charakterisieren lassen. Auch grundsätzlich läßt sich aus einer noch so prekären wirtschaftlichen Lage in anderen Weltregionen kein Recht auf Aufnahme in den Wohlstandsregionen ableiten. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung käme dies einem ethnisch-kulturellen Selbstmord Europas und anderer potentieller Zielländer gleich.

Eine weitere Öffnung Europas für Wirtschaftsflüchtlinge kann keine Lösung für die Probleme der weniger entwickelten Weltregionen sein. Es ist eine Existenzfrage, hier zu einer konsequenten, die Lebensinteressen der europäischen Völker in den Vordergrund stellenden Politik zu kommen. Selbstbehauptung ist das Stichwort. Die „Festung Europa“ sollte vor diesem Hintergrund kein Schreckbild sein. Ganz im Gegenteil: Sie ist das Gebot der Stunde. Übrigens auch und gerade zum Wohle Afrikas. Mit einem langfristigen Zusammenbruch Europas, der auch das Ende vieler Hilfen bedeuten würde, wäre niemandem gedient. Es dürfen von vornherein keine falschen Hoffnungen geweckt werden. Zuwanderung muß rigoros unterbunden werden, und es darf keine Chance auf Aufnahme und nachträgliche Legalisierung geben. Illegal Eingereiste müssen umgehend in ihre Heimatregionen zurückgeschickt werden. Nur so lassen sich auch die von Zeit zu Zeit durch die Medien gehenden Tragödien im Mittelmeer bei illegalen Einreiseversuchen per Boot verhindern. Es ist also eine fundamentale Umorientierung bei der Migrations- und Flüchtlingspolitik sowohl der EU als auch der Vereinten Nationen erforderlich.

Im Falle von humanitären Notlagen infolge von Kriegen, Naturkatastrophen und ähnlichem, aber auch was die Gewährung von politischem Asyl betrifft, sollten jeweils die Nachbarländer bzw. Nachbarregionen für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständig sein. Hierfür sprechen allein schon die fast immer gegebene größere kulturelle Nähe sowie die weit günstigeren Voraussetzungen, im Idealfall nach Entfallen des Fluchtgrundes sobald wie möglich wieder in die Heimat zurückzukehren. Die Finanzierung der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Asylsuchenden müßte dann selbstverständlich im Rahmen eines internationalen Lastenausgleichs entsprechend ihrer jeweiligen Wirtschaftskraft vor allem von den Staaten der Wohlstandsregionen übernommen werden. Durch zusätzliche Hilfe und Entwicklungsprojekte vor Ort in den Ländern, die Flüchtlingen aus Nachbarregionen Schutz gewähren, könnten weitere Anreize zur Übernahme dieser Aufgabe geschaffen werden. Es wäre Ihre Aufgabe als deutsche Regierungschefin, auf internationaler Ebene für in diese Richtung gehende Konzepte einzutreten und zu werben.

Doch zurück zur gegenwärtigen Politik der Europäischen Union und ihrer mehr als zweifelhaften Rolle in dieser und anderen für die Zukunft unserer Nation entscheidenden Fragen. Hier erstaunt immer wieder, mit welcher Bereitwilligkeit gerade auch von seiten der Unionsparteien vitale Interessen unseres Volkes auf dem Altar des vollkommen unhinterfragt bleibenden EU-Integrationsprozesses geopfert werden. Als patriotische Deutsche sind wir zwar durchaus Befürworter des vereinten Europas in Gestalt eines „Europas der Vaterländer“, mittlerweile wurde jedoch ein Weg eingeschlagen, der eine fatale Eigendynamik entwickelt

hat und direkt in eine neuartige Form von Diktatur zu führen scheint. Wir sind unterwegs in einen technokratischen Überstaat, der von historisch ungebildeten Dilettanten geleitet wird, für die sich „Europa“ anscheinend auf das Leitbild einer diffusen Menschenrechtsideologie als Schwundstufe eines einst christlich geprägten Menschenbildes und die Existenz einer von bloßen Konsumbürgern bewohnten Wohlstandszone gleichen Namens reduziert. Bei dieser „Elite“, die den Namen kaum verdient hat, besteht ganz offensichtlich kein Bewußtsein für die historischen Grundlagen Europas. Seine ethnische Basis, das fast allen europäischen Völkern gemeinsame Erbe der indogermanischen Grundkultur, die Bedeutung der Synthese von Christentum, antikem Erbe und Germanentum im Mittelalter für die Ausbildung einer spezifisch europäischen Identität – all dies scheint für sie keine Rolle mehr zu spielen.

Dieser eklatante Mangel an historischem Bewußtsein macht sich unter anderem auch in krassen politischen Fehleinschätzungen bemerkbar. Anders ist die Naivität, einen EU-Beitritt der Türkei auch nur in Erwägung zu ziehen, kaum zu erklären. Aus der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen spricht die totale Verkennung des historischen Selbstbildes der Türkei und ihrer nach wie vor lebendigen imperialen bzw. auf ethnische Expansion gerichteten Ambitionen. Die komplette Ausblendung der historischen Erfahrungen der Türkenkriege, als sich Europa über Jahrhunderte im Würgegriff des Osmanischen Reiches befand und in einem Kampf auf Leben und Tod mit knapper Not seine Existenz behaupten konnte, ist ebenso bezeichnend. Drohende Gefahren werden nicht mehr erkannt und unsere Abwehrfähigkeit dadurch aufs äußerste geschwächt. Zugleich wird in geradezu grotesker Weise die wahre Lage Europas und der westlichen Welt insgesamt verkannt und die eigenen Kräfte massiv überschätzt, wie der von vornherein zum Scheitern verurteilte Einsatz westlicher Streitkräfte in Afghanistan mit dem vermessenen Ziel der Demokratisierung des Landes in aller Deutlichkeit zeigt, in den auch unsere Bundeswehr hineingezogen wurde. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir dennoch zu unseren Soldaten stehen, die in diesem Einsatz vorbildlich ihre Pflicht erfüllen. Aber der Widerspruch bleibt, daß westliche Truppen in fernen Weltregionen in sinnlose Kriegseinsätze geschickt werden, während gleichzeitig in vielen Staaten Westeuropas und bald möglicherweise auch in Deutschland aufgrund der fortschreitenden Überfremdung eine Situation im Entstehen ist (man denke etwa an die Zustände in manchen französischen Vorstadtsiedlungen!), die zum Teil eher einen Einsatz im Inneren zur Verteidigung der Heimat sowie an den Außengrenzen der EU zur Unterstützung bei der Abwehr illegaler Einwanderung nahelegen würde.

Unser Vertrauen in die politische Klasse Deutschlands und Europas ist komplett zerstört. Wir wissen zwar, daß von Linken, Grünen, SPD und FDP noch problematischere Positionen in der Zuwanderungsfrage vertreten werden, gerade auch was einen EU-Beitritt der Türkei betrifft. Allerdings nehmen wir auch Ihnen und der Union insgesamt nicht ab, daß sie sich ernsthaft einer Aufnahme der Türkei in die Europäische Union entgegenstellen werden und im Fall der Fälle nicht doch wieder einknicken. Selbst bei der von Ihnen nach außen vertretenen „Privilegierten Partnerschaft“ haben wir große Zweifel, ob nicht am Ende auch bei diesem Modell weiterer türkischer Massenzuwanderung Tür und Tor geöffnet werden. Schließlich wird von seiten der Türkei bereits in der jetzigen Situation mit aller Macht versucht, die für ihre Staatsbürger bestehende Visapflicht vor dem Europäischen Gerichtshof zu kippen. Ernsthaften Widerstand bei entsprechenden EU-Vorgaben wird man angesichts der traditionellen EU-Hörigkeit der Union wohl kaum erwarten können, die erfahrungsmäß – trotz zuvor oft gegenteiliger Bekundungen – deutsche Interessen allzu gerne bereitwillig preisgibt. Man kommt zu dem Eindruck, daß für viele führende Unionspolitiker „Europa“ eine Art Ersatzidentität darstellt, mit der man sich der ungeliebten deutschen entledigen kann. Mit dieser Flucht nach Europa in Kombination mit der Parteiapparaten eigenen Machtversessenheit läßt sich vermutlich auch die Bedenkenlosigkeit erklären, mit der Sie und

Ihre Partei den Lissabon-Vertrag – sozusagen das EU-Ermächtigungsgesetz – durchzudrücken versuchen, mit dem unter anderem auch die Aushebelung und faktische Außerkraftsetzung des deutschen Grundgesetzes droht. Sie betreiben somit letztlich die Zerstörung der Souveränität der europäischen Nationalstaaten und damit der Demokratie.

Die Gründung eines europäischen Quasi-Bundesstaates durch die Hintertür ohne die erklärte Zustimmung der Völker ist eindeutig illegitim. Zur Begründung eines europäischen Bundesstaates wären Volksabstimmungen auf nationaler Ebene erforderlich, die jeweils mit qualifizierter Mehrheit eine Souveränitätsübertragung dieses Ausmaßes auf die europäische Ebene legitimieren würden. Dies wäre die einzig saubere Lösung. Sie und Ihre Kollegen wissen jedoch ganz genau, daß die europäischen Völker dies nicht wünschen. Diese sind zwar zweifellos mit großer Mehrheit für eine enge europäische Kooperation bzw. einen Bund souveräner Nationalstaaten, jedoch gewiß nicht für einen europäischen Bundesstaat. Mit Ihrem Vorgehen handeln Sie und Ihresgleichen also klar gegen den Willen der Europäer. Hier kommen ein sehr zweifelhaftes Demokratieverständnis und eine unglaubliche Machtanmaßung zum Ausdruck. Nur vor diesem Hintergrund wird auch nachvollziehbar, wie Sie und Ihre Partei die eingangs angesprochene Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts während der Regierungszeit der rot-grünen Koalition zulassen konnten und nicht mit allen erdenklichen Mitteln dagegen Widerstand leisteten. Man muß sich das einmal klarmachen: Ein Parlament bestimmt selbstherrlich die Neuzusammensetzung des Souveräns. Von einer ausreichenden demokratischen Legitimierung einer Entscheidung derartiger Tragweite kann nicht die Rede sein. Auch hier wäre eindeutig eine Volksabstimmung erforderlich gewesen, bei der das Volk mit eindeutiger Mehrheit hätte zustimmen müssen.

Wollten Sie ernstlich unser Vertrauen zurückgewinnen, müßten Sie eine überzeugende Wende zu einer Politik einleiten, die die deutsche Souveränität in Europa wahrt bzw. wiederherstellt und der Überfremdung mit allen in diesem Brief angesprochenen Problemen Einhalt gebietet. Dies würde unter anderem in der Staatsangehörigkeitsrechtsfrage einen konsequenten Einsatz Ihrerseits für die Rückkehr zum Abstammungsprinzip verlangen. Die fast wahllose Vergabe des deutschen Passes selbst an vollkommen integrationsunwillige oder uns sogar feindlich gesinnte Ausländergruppen muß aufhören. Forderungen nach einem generellen Doppelpaß, wie sie etwa von türkischen Interessengruppen vertreten werden, darf nicht nachgegeben werden. Natürlich spricht nichts gegen die Einbürgerung wirklich gut integrierter, im Idealfall zur langfristigen Assimilation auf freiwilliger Basis bereiter Zuwanderer, sofern ihre Zahl nicht zu groß wird. Aber die vor allem von linken Kräften in Politik und Gesellschaft als großangelegtes Sozialexperiment (Stichwort: „Multikulturelle Gesellschaft“) und zur Sicherung dauerhafter linker Mehrheiten betriebene Umvolkungspolitik muß ein Ende haben. Es darf nicht zugelassen werden, daß der pathologische Selbsthaß dieser Kreise, den sich expansive Ausländergruppen gezielt zunutze machen, unser Volk zerstört.

Ebenso werden jedoch auch diejenigen umdenken müssen, die bis heute daran glauben, Zuwanderung sei der Schlüssel zur Bewältigung der demographischen Probleme Deutschlands und Europas. Dabei sollte längst klargeworden sein, daß hier ein fataler Irrweg beschritten wurde. Statt zu einer Lösung beizutragen, hat die Massenzuwanderung uns ethnisch-kulturell fernstehender, an echter Integration größtenteils nicht interessierter Ausländer die Situation nur verschlimmert und droht geradewegs in den Abgrund zu führen. Daß grobe Fehleinschätzungen in dieser Hinsicht auch in Ihrer Partei nach wie vor die Köpfe bestimmen, zeigen nicht zuletzt auch die weitgehend vergeblichen Bildungs- und Integrationsanstrengungen der vergangenen Jahrzehnte ebenso wie die von Familienministerin Ursula von der Leyen zu verantwortende neue Familienpolitik. Anders ist

wohl kaum zu erklären, daß derart kontraproduktive, die Nebenwirkungen in keiner Weise bedenkende Instrumente zur Geburtenförderung eingesetzt werden.

Während etwa durch die Einführung des Elterngeldes insbesondere Akademiker zur Familiengründung angeregt werden sollten, sieht es in der Realität so aus, daß auch hier wieder – wie schon beim Kindergeld – nicht zuletzt bildungsferne und transferabhängige Bevölkerungsteile eine Möglichkeit zur Einkommensaufbesserung sehen. Einmal mehr wird also nicht die Basis der eigentlichen Leistungsträger der Gesellschaft gezielt familienpolitisch gefördert, sondern durch falsche Anreize ein weiteres Anwachsen der Schicht der potentiellen Leistungsempfänger vorprogrammiert. Gerade sich besonders hartnäckig jeglicher Integration verweigernde türkische und arabische Großfamilien sind Nutznießer dieser Politik. Der dadurch massiv steigende Ausländeranteil unter Kindern und Jugendlichen in deutschen Ballungsgebieten ist besorgniserregend. Das ist keine zukunftsweisende Bevölkerungspolitik.

Die Alternative sähe folgendermaßen aus: Statt den vermeintlich einfacheren Weg der Bevölkerungssubstitution durch Zuwanderung zu gehen, der auf Dauer zwangsläufig zur Zerstörung unseres Volkes führen würde, muß das Ziel einer guten Bevölkerungspolitik die langfristige demographische Stabilisierung der Deutschen mit einer bestandserhaltenden Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau oder etwas darüber sein. Aufgrund des seit Jahrzehnten bestehenden Geburtendefizits wird eine solche Stabilisierung jedoch wohl nur noch auf einem Bevölkerungsniveau von schätzungsweise zwischen 50 und allenfalls 60 Millionen Menschen möglich sein – abhängig davon wie schnell und in welchem Umfang die notwendige Wende gelingt. Kulturell kompatible Zuwanderer mit guter Qualifikation könnten sicherlich in begrenztem Umfang zu einer Entschärfung der Situation beitragen. Hier sollte in erster Linie um Europäischstämmige aus anderen Erdteilen und erst kürzlich ausgewanderte und potentiell rückkehrwillige Deutsche geworben werden. Wichtig ist auch die Verhinderung weiterer deutscher Abwanderung. Eine gewisse Schrumpfung wird aber in jedem Fall unvermeidlich sein. Auf die entstehenden Probleme könnte man sich jedoch einstellen, und sie wären zweifellos zu bewältigen. Den heutigen Bevölkerungsstand dagegen um jeden Preis halten zu wollen, würde zum Zusammenbruch dieser Gesellschaft führen, liefe also auf Selbstzerstörung hinaus.

Vielleicht bietet ja tatsächlich die gegenwärtige Krise die Chance zu einem Neuanfang, wie ihn Bundespräsident Horst Köhler erst jüngst angemahnt hat. Notwendig ist vor allem eine Abkehr vom derzeit noch bestimmenden Radikalindividualismus und Materialismus. Daß es hierzu eines langfristigen Bewußtseinswandels bedarf, der nur in kleinen Schritten zu erreichen sein wird, steht außer Frage. Entscheidend ist die Wiederbesinnung auf die Familie als Fundament der Gesellschaft und darüber hinaus die Wiederverwurzelung in der größeren Gemeinschaft des eigenen Volkes, das die Grundlage unseres Staates und unserer Solidargemeinschaft bildet. Ohne eine Versöhnung der Deutschen mit ihrer wechselvollen, von zahlreichen Brüchen bestimmten, aber trotz allem großen Geschichte wird dies nicht möglich sein. Die Wiederaneignung dieses mehr als tausendjährigen Erbes in seiner Gesamtheit ist die Voraussetzung eines gesunden nationalen Selbstbewußtseins, ohne das auch kein tieferes europäisches Bewußtsein möglich ist, da dieses sich aus dem Wissen um die Gemeinsamkeit der europäischen Völker speist. Nur eine Gemeinschaft, die um ihren Wert und ihr Herkommen weiß, hat auch den nötigen Willen zur Zukunft und wird die demographische Krise überwinden können.

Ähnlich wie seit den siebziger Jahren ein Problembewußtsein für Umweltfragen geschaffen wurde, müßte im Rahmen der erforderlichen Bevölkerungspolitik durch gezielte Information auf die Schaffung eines demographischen Bewußtseins in der deutschen Gesellschaft

hingearbeitet werden. Hier ist einiges an Aufklärungsarbeit zu leisten, da sich etwa durch die mediale Thematisierung der Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt seit Jahrzehnten vollkommen falsche und hochproblematische Vorstellungen festgesetzt haben. So existiert beispielsweise der fatale Irrglaube, die Europäer könnten mit ihren extrem niedrigen Geburtenraten das exorbitante Bevölkerungswachstum in ärmeren Weltregionen ausgleichen und damit sogar „etwas Gutes“ tun, während dies in Realität aufgrund ihres geringen Anteils an der Weltbevölkerung und angesichts der weltweiten Bevölkerungszuwächse, die den Bevölkerungsrückgang in Europa und der westlichen Welt insgesamt um ein Vielfaches übertreffen, praktisch nicht ins Gewicht fällt. Kurzum: Es müßte in aller Deutlichkeit vermittelt werden, daß die Bevölkerungsimplosion in Deutschland und Europa ein mindestens ebenso großes Problem darstellt wie die Bevölkerungsexplosion in anderen Weltregionen und hierauf bevölkerungspolitisch jeweils anders reagiert werden muß: durch Geburtenförderung in den Regionen mit schrumpfender Bevölkerung, durch Geburtenkontrolle in den Weltregionen mit starkem Bevölkerungswachstum – jeweils mit dem Ziel der Annäherung an eine bestandserhaltende Reproduktionrate in den jeweiligen Ländern, um eine langfristige demographische Stabilisierung der Weltbevölkerung zu erreichen.

In Deutschland und anderen europäischen Staaten wird dies nur gelingen, wenn sich die Familie mit zwei bis drei Kindern als allgemein akzeptiertes Normalmodell durchsetzt und das gegenwärtige gesellschaftliche Leitbild der Familie mit ein bis zwei Kindern ablöst. Bekanntlich liegt die Geburtenrate in der EU heute real bei durchschnittlich 1,5 Kindern pro Frau (Deutschland, Österreich, die ostmitteleuropäischen Staaten sowie Südeuropa liegen mehr oder weniger deutlich darunter, West- und Nordeuropa mehr oder weniger deutlich darüber). Der notwendige Wandel wird nicht von alleine kommen, sondern muß seitens der Politik aktiv befördert und auch mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden. Um sich dem angestrebten Leitbild anzunähern, müßte in den von Schrumpfung betroffenen europäischen Gesellschaften die Familie mit drei Kindern als Ideal regelrecht propagiert werden. Liberal-individualistische Einwände, bei dieser Frage handele es sich um eine reine Privatsache, können dabei nicht gelten gelassen werden. Vielmehr liegt in dieser Einstellung genau das Problem. Erst wenn allgemein verstanden ist, daß die demographische Entwicklung in unserem Land wirklich jeden betrifft und von dieser Frage gesellschaftliche Stabilität, Wohlstand, Alterssicherung und eben auch der Fortbestand des eigenen Volkes abhängen, kann von einem angemessenen gesellschaftlichen Problembewußtsein die Rede sein.

Die eigentliche Aufgabe der Politik neben der Einleitung eines solchen Bewußtseinswandels bestünde dann in der Neuausrichtung der Familien- und Sozialpolitik und anderer relevanter Bereiche unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten. Einen wichtigen Ansatzpunkt, um günstige Rahmenbedingungen für die notwendige demographische Wende zu schaffen, bietet hier vor allem die Steuerpolitik, die mit großzügig bemessenen steuerlichen Freibeträgen gerade auch Familien mit drei und mehr Kindern deutlich entlasten und zu einem familienfreundlicheren Umfeld beitragen könnte. Grober Anhalt für eine denkbare Variante: Freibetrag für Erwachsene: je 8.000 Euro; Freibetrag für die ersten beiden Kinder: je 4.000 Euro; Freibetrag für jedes weitere Kind: 8.000 Euro. Normalverdienerfamilien würden bei diesem Modell praktisch ab dem dritten Kind fast keine Einkommensteuer mehr zahlen. Aber auch für gut und sehr gut verdienende Leistungsträger wäre es sehr attraktiv. Im Idealfall könnte es mit dazu beitragen, daß eine Familie mit drei, vier und im Einzelfall mehr Kindern zunehmend zum Zeichen des Erfolgs und des Wohlstands und somit zu einer Art Statussymbol würde. Darüber hinaus könnte die Einführung eines nach Kinderzahl gestaffelten gesetzlichen Rentenalters einen für den einzelnen spürbaren Einfluß des demographischen Faktors im System dokumentieren und so einen wichtigen Impuls setzen. Eine mildere Variante könnte etwa so aussehen: Kinderlose: 69 Jahre; 1 Kind: 67 Jahre; 2

Kinder: 65 Jahre; 3 und mehr Kinder: 63 Jahre. Etwas radikaler und damit der Situation sicherlich angemessener wäre folgendes Modell: Kinderlose: 70 Jahre; 1 Kind: 67 Jahre; 2 Kinder: 64 Jahre; 3 und mehr Kinder: 60 Jahre.

Um die bereits angesprochenen unerwünschten gesellschaftspolitischen Nebeneffekte der heutigen Familienpolitik auszuschließen, sollte beim Elterngeld darüber nachgedacht werden, ob es nicht sinnvoller ist, dieses Instrument der Familienförderung wie von vielen Seiten angemahnt tatsächlich als reine Lohnersatzleistung anzulegen, also etwa Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vom Bezug auszunehmen. Die Grundidee war schließlich, gezielt die Schicht der Leistungsträger unserer Gesellschaft – insbesondere Akademikerfamilien – zu fördern. Da man beim Kindergeld grundsätzlich vor ähnlichen Problemen steht, würde sich hier eine Art Deckelung der Leistungen durch eine Umwandlung des bislang individuell pro Kind gezahlten Kindergeldes in ein pauschal pro Familie ab dem zweiten Kind gezahltes Familiengeld von etwa 500 Euro anbieten, das auf das Leitbild der Familie mit zwei bis drei Kindern ausgelegt ist. Hierdurch würde Normalfamilien eine angemessene Erhöhung dieser Leistung zuteil, gleichzeitig jedoch meist bildungsfernen Problemfamilien ausländischer wie deutscher Herkunft die Möglichkeit genommen, sich durch eine große Kinderschar eine ergiebige Einnahmequelle zu verschaffen und auf Kosten der Allgemeinheit zu leben. Dem Phänomen, daß durch unseren Sozialstaat zum Teil regelrechte Sozialhilfedynastien herangezüchtet werden, könnte so ein Ende gesetzt werden.

Wir hoffen, Sie verstehen unseren Brief als Aufruf zur Umkehr und als ernste Warnung. Viele konservative und nationalbewußte Menschen in diesem Land denken ähnlich wie wir und beobachten mit größter Sorge die katastrophalen Entwicklungen, die um uns herum ablaufen. Der Unmut der Deutschen wächst, auch wenn die meisten zur Zeit noch eher abwarten und bei Wahlen mangels erfolgversprechender Alternative eher zum Nichtwählen tendieren und nur zu kleinen Teilen wie wir seit längerem die Konsequenzen gezogen haben und unsere Stimmen einer demokratischen Rechtspartei geben, statt weiter auf die prinzipienlose Umfallerpartei CDU/CSU zu vertrauen. Lassen Sie sich von Ihren momentan noch vergleichsweise guten Wahlergebnissen nicht täuschen. Der Druck im Kessel steigt unaufhörlich, und auch die Geduld des deutschen Volkes wird einmal zu Ende sein. Bedenken Sie unsere Kritik, beherzigen Sie unsere Anregungen und leiten Sie eine Wende ein, wenn die Geschichte nicht eines Tages mit Macht über Sie hinweggehen soll!

Mit der Bitte um Stellungnahme verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

HINWEIS: Dieses Schreiben geht zur Kenntnisnahme in Kopie auch an Innenminister Wolfgang Schäuble, Familienministerin Ursula von der Leyen sowie Bundespräsident Horst Köhler.